

17. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **Die verantwortungsvolle Wohnungswirtschaft in Berlin und Europa stärken**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die europäische Initiative zur Gestaltung einer verantwortungsvollen Wohnungswirtschaft (ERHIN) zu unterzeichnen und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zur Unterzeichnung des gemeinsamen Verhaltenscodexes für eine verantwortungsvolle Wohnungswirtschaft aufzufordern.

#### ***Begründung:***

Die Berliner Wohnungswirtschaft ist ein grundlegender Bestandteil des Gemeinwesens und hat in den vergangenen 25 Jahren massive Umstrukturierungen erfahren. Die Verkäufe von öffentlichen Wohnungsbeständen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung haben den Berliner Wohnungssektor ebenso verändert wie die spezifische Konstruktion und schließlich Beendigung der Förderung von Sozialwohnungen. Sozialwohnungsbestände werden kleiner, die Mieten steigen stetig und auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben ihre Mietpolitik noch nicht ausreichend an die Situation sozial und finanziell benachteiligter Menschen angepasst. Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise sind besonders auf dem Wohnungsmarkt spürbar. Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen und besonderem Wohnbedarf, wie etwa Studierende, getrennt Erziehende oder auch Flüchtlinge, können sich nicht mehr ausreichend versorgen. Eine Initiative für soziale Verantwortung in der Wohnungswirtschaft ist daher dringend.

Im Oktober 2014 wurde in Brüssel vom Internationalen Mieterbund (IUT), gemeinsam mit dem Dachverband der sozialen und gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (CECODHAS Housing Europe) und anderen Inte-

ressengruppen der sozialen Wohnungswirtschaft, eine Erklärung veröffentlicht, die corporate social responsibility standards – soziale Standards – im Bereich der Wohnungspolitik auflistet, zu denen sich die Mitgliedsunternehmen verpflichten (European responsibility housing initiative – ERHIN). Die Initiative definiert fünf Kategorien unternehmerischer Sozialverantwortung in den Wohnungsbaugesellschaften, die innerhalb der Wohnungsunternehmen umgesetzt werden sollen. Sie fordert unternehmerische Sozialverantwortung und soll auch innerhalb der Wohnungsunternehmen umgesetzt werden. Die gemeinsame Erklärung wurde neben den Erstunterzeichnern wie der Stadt Wien und Schottland inzwischen auch vom Bundesland Nordrhein-Westfalen unterzeichnet.

In der Erklärung heißt es: „Die Wohnungswirtschaft leistet einen Beitrag zum Europa 2020-Ziel eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums. Eine stetig wachsende Zahl europäischer Bürger benötigt bezahlbaren Wohnraum, insbesondere in den wachsenden Stadtregionen. Es gibt einen steigenden Investitionsbedarf gerade in städtischen Wachstumsgebieten. Um der vielfältigen Nachfrage gerecht zu werden, sollten die verschiedenen Wohnformen (...) gefördert werden, einschließlich des Wohnens zur Miete und in Genossenschaften“. Weiterhin weist die Initiative darauf hin, dass unternehmerische Sozialverantwortung ein effizientes Instrument zur Unterstützung dieses Prozesses sein und den Wohnungsunternehmen helfen könne, aktuelle und künftige Herausforderungen zu bewältigen.

Der gemeinsame Verhaltenscodex für eine verantwortungsvolle Wohnungswirtschaft (CSR-Verhaltenscodex, Code of Conduct for corporate and social responsibility) enthält die Forderung nach der öffentlichen Absichtserklärung, die Sicherung der sozialen Wohnungswirtschaft zu garantieren, indem bezahlbare, qualitativ hochwertige Wohnungen und Dienstleistungen von guter Qualität durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften anzubieten sind, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Mieterinnen und Mieter gerecht werden und somit zum Wohlbefinden, zur Lebensqualität und Selbstbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner und nachhaltiger lokaler Gemeinschaften beitragen. Die wichtigsten Aspekte für die im Code of Conduct festgeschriebene sozial verantwortliche Unternehmensführung sind: wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, gute Unternehmensführung und faire Geschäftsbeziehungen zu Kunden, Betroffenen und Anspruchsberechtigten, strukturierte und institutionalisierte Mitbestimmung von Mieterinnen und Mietern sowie verantwortungsvolle Personalführung.

Mit dem Beitritt Berlins und seiner städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu dieser europäischen Initiative unterstreichen das Land und seine öffentlichen Wohnungsunternehmen, dass sie Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge im Bereich Wohnraumversorgung übernehmen und geben einen wichtigen Impuls für die Verbreitung dieser Initiative.

Berlin, den 26. März 2015

U. Wolf    Lompscher    Schatz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke